



Liebe Grüne Jugend,

ganz herzlich möchte ich mich für die Möglichkeit eines schriftlichen Grußwortes bedanken.

Euer Motto „Wem gehört die Welt?“ knüpft an die Frage an, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt ist und wer Einfluss auf die Entwicklungen dieser Gesellschaft nehmen kann. Die aktuellen Entwicklungen in Deutschland sind erschreckend. In Deutschland hat die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren stetig zugenommen. Das Pro-Kopf-Einkommen bei den ärmsten 10 % der Bevölkerung ist seit 1996 kontinuierlich gesunken, bei den reichsten ist es hingegen deutlich gestiegen. Deutschland ist eines der reichsten Industrieländer und dennoch dreht sich die Armutsspirale immer weiter.

Es gibt viele Ansatzpunkte, dem zu begegnen. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die das dreigliedrige Schulsystem überwindet, mit der das Studium kostenfrei ist und die Ausbildungsumlage endlich Realität wird. Wir brauchen eine Politik der Umverteilung von oben nach unten. Statt moralinsaurer Debatten über die Begrenzung von Managergehältern denke ich dabei an die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine angemessene Erbschaftssteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die ein menschenwürdiges Leben für alle verwirklicht. Entscheidend für den Zustand einer Gesellschaft ist für mich der Umgang mit den Menschen, die in eine Notlage gerutscht sind. Und da ist bei uns in Sachen Sozialpolitik einiges im Argen. Die Politik des Förderns führt überwiegend zur Demoralisierung der Betroffenen und hilft in der übergroßen Zahl der Fälle den Menschen überhaupt nicht weiter. Die Politik des Forderns ist einer menschlichen Gesellschaft unwürdig. Es ist nicht akzeptabel arbeitslose Menschen dieser Kontrolle, diesem Druck, diesen Sanktionen und dieser Repression auszusetzen. Das Sanktionssystem für arbeitslose Menschen gehört grundsätzlich überdacht.

Außerdem brauchen wir eine Politik für eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Mitte, Ende der 90er hatten wir eine gesellschaftliche Stimmung, in welcher der Neoliberalismus auf dem Hochmarsch war. Scheinbar alles der öffentlichen Daseinsvorsorge sollte privatisiert werden und viele Bereiche wie die Müllabfuhr oder die Wasserbetriebe wurden privatisiert. Die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand wurden damit überwiegend nicht gelöst. Umso mehr aber, wurde die Handlungsfähigkeit der Kommunen beschnitten.

Auch die Privatisierung der Energieversorgung in Deutschland hatte verheerende Konsequenzen. Unternehmen, die ausschließlich auf Profit ausgerichtet sind, betreiben eine verantwortungslose Energiepolitik. Unsoziale Tarife und kontinuierliche Preissteigerungen sorgen dafür, dass immer mehr Menschen ihren Stromverbrauch kaum bezahlen können. Gleichzeitig wird weiter in Kernenergie und fossile Brennstoffe investiert, während dringend notwendige Investitionen in die Netzinfrastruktur auf sich warten lassen. Energieversorgung muss wieder über die öffentliche Hand erfordern.

**Hausadresse**

Wilhelmstraße 140  
10963 Berlin

**Postadresse**

Willy-Brandt-Haus  
10911 Berlin

**fon**

030.25991-366

**fax**

030.25991-415

**e mail**

[jusos@spd.de](mailto:jusos@spd.de)

**internet**

[www.jusos.de](http://www.jusos.de)



Ähnliches gilt für die Bahn. Über 80 % der Bevölkerung ist gegen eine Privatisierung der Bahn. Der politische und demokratische Einfluss auf die Bahn muss gewahrt werden, um eine nachhaltige zukunftsfähige Verkehrspolitik mit einem preiswerten und flächendeckenden Schienenverkehr mit hoher Taktfrequenz zu gewährleisten. Dazu ist eine demokratisch kontrollierte Bahn in staatlichem Eigentum notwendig. Deshalb ist auch die Privatisierung von 24,9 % falsch und wir haben gemeinsam im Bündnis Bahn für alle dagegen gekämpft.

Euer Motto knüpft aber auch die globalisierungskritische Bewegung an. Diese Bewegung hat deutlich gemacht, dass diese Welt und diese Gesellschaft von Menschen gemacht und von Menschen veränderbar ist und der neoliberale Zeitgeist der Alternativlosigkeit vorbei ist. Doch gerade beim Thema Globalisierung muss man ganz genau hinhören, weil vermeintlich Linke dort nicht selten reaktionäre Argumentationsmuster nutzen. Dabei denke ich an eine Kritik am Staate Israel, die vielmehr mit dem Begriff Antisemitismus beschrieben gehört. Dabei denke ich an eine verkürzte Kapitalismuskritik, die bei Antiamerikanismus landet. Auch innerhalb der Linken haben wir zu kämpfen: gegen dumpfe Antworten und für progressive Erklärungen!

Es gibt viel zu tun. Lasst uns gemeinsam diskutieren und notfalls streiten. Lasst uns aber auch wenn es notwendig ist, gemeinsam stehen. Wenn es darum geht, gegen den G 8 – Gipfel und für eine gerechtere Weltordnung zu streiten, wenn es darum geht, gegen die Repression linker Bewegungen zu kämpfen, wenn es darum geht zu verhindern, dass Nazis auf den Straßen aufmarschieren können, dann muss die gesamte Linke zusammenstehen.

In diesem Sinne

mit sozialistischen Grüßen,

Franziska Drohsel  
Juso-Bundesvorsitzende